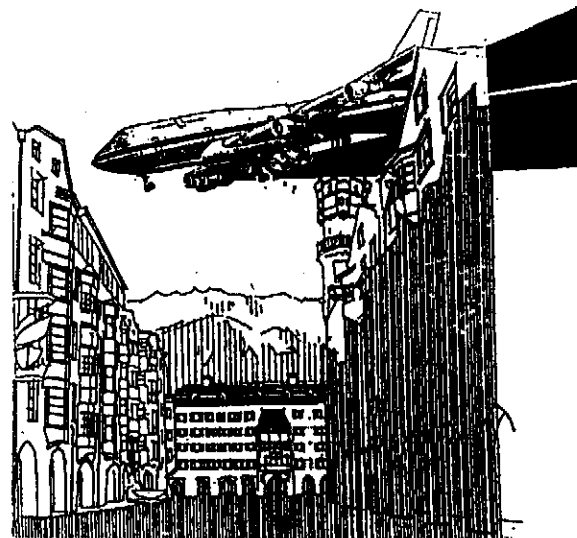


Verein

Schutzgemeinschaft

**zur Verminderung schädlicher Auswirkungen
des Innsbrucker Flughafens**



Flughafen-Sondersitzung des Gemeinderates

Am 1. Juli fand aufgrund eines Antrages der Innsbrucker Grünen eine öffentlich zugängliche Sondergemeinderatssitzung zum Thema Flughafen/Innverlegung/Sicherheitszone gemäß Bescheid der Obersten Zivilluftfahrtbehörde statt. Sinn und Zweck dieser Sitzung sollte sein, den Gemeinderat von Innsbruck und Völs zu informieren. Flughafendirektor Falch hatte bereits mehrfach und ausreichend die Möglichkeit gehabt, dies aus seiner Sicht darzustellen. Eine Beteiligung des Publikums an der Diskussion war nicht vorgesehen, was StRin Schwarzl von den Innsbrucker Grünen gleich zu Beginn der Sitzung beanstandete und verlangte. Bürgermeister van Staa dazu: Ja, falls sich die Experten dazu noch Zeit nehmen.

Als Experten waren anwesend:

MinR Dr. Zulinski, Verkehrsministerium

DI Hanisch, Donauconsult als Wasserbauprojektant

Prof. Dr. Psenner, Universität Innsbruck, Institut für Zoologie

Dr. Schmid, Magistratsdirektor a.D., Aufsichtsrat der Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft

Dr. Amann, Landesbaudirektor und Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafenbetriebsgesellschaft

Mag. Falch, Flughafendirektor

Ing. Ernst Wieser, Austro Control, Flugverkehrsleiter am Innsbrucker Flughafen

Susanne Rynesch, „Österreichplattform Fluglärm“ und Mitarbeiterin in der Mediation Flughafen Wien-Schwechat (auf Einladung der Innsbrucker Grünen)

Hildegard Auer, Sprecherin der Schutzgemeinschaft und der Anrainer im Flughafen-Umwelt-Forum, wurde durch den Zufall nachnominiert, daß HR Dr. Liebl vom Landesumweltamt an der Teilnahme verhindert war.

Für Erstaunen bis Erheiterung sorgte MinR Zulinski, weil er gleich zu Beginn der Sitzung feststellte, daß er keine detaillierten Informationen zur Enquete beitragen könne, da er zum zu diskutierenden Thema „Flughafen Innsbruck“ zu wenig Bescheid wisse. Man könne ihn eher über Kyoto-Ziele befragen! Er werde aber Fragen notieren und an Fachleute weiterleiten.

MinR Zulinski war anstelle des angeblich erkrankten MinR Prachner vom Verkehrsministerium per Flugzeug nach Innsbruck entsandt worden (MinR Prachner ist jener Mann, der den Bescheid an den Flughafen unterzeichnet hat).

Insgesamt hatte sich an Pro und Kontra nichts geändert

STRin Schwarzl spricht davon, daß der Bescheid vom Oktober 2001 diffus war und fragt, ob es einen präziseren Bescheid gibt. Der Innsbrucker Flughafen verfügt über kein Radar, ein Aufsetzen der Flugzeuge erfolgt auf Sicht. Sie **kritisiert das Fehlen einer Risikoanalyse.**

Dr. Schmid: Der jetzige Bescheid ist diffus, er schreibt keine Details vor (wir haben bereits in einer früheren Ausgabe darüber berichtet, daß die Innverlegung nicht vorgeschrieben wurde. Anm. d. Red.). Laut Dr. Schmid werden diese Details im Verwaltungsverfahren erledigt. Eine mündliche Verhandlung wird im Herbst erwartet.

BM Vantsch, Völs, trägt die Sorgen der Bevölkerung von Völs vor: Höhere Lärmbelastung durch vermehrtes Flugaufkommen in Richtung Westen, er hat Sorge, daß vermehrt größere Flugzeuge landen und starten. Er spricht die wasserbauliche Frage an. **Bei einer Innverlegung ändert sich der Grundwasserspiegel, bei Hochwasser gibt es Probleme.** BM Vantsch spricht auch eine Verkürzung der Piste an, da es Flugzeuge gibt, die auch auf kürzeren Pisten landen und starten können.

DI Hanisch: Man ist sich des Problems mit dem Grundwasser bewußt. Details erfolgen erst.

Dir. Falch spricht über die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens. Er spricht - wie üblich - davon, daß die Innverlegung eine Sicherheitsmaßnahme darstellt, es kommt kein Meter Piste dazu, es gibt keine Frequenzsteigerung und auch keine größeren Flugzeuge. Das Flugaufkommen von und nach Völs hängt von meteorologischen Bedingungen ab. Von Westen ist kein Instrumentenanflug möglich. Wasserrechtliche und naturschutzrechtliche Verfahren laufen noch. Die Innverlegung kommt! **Eine Risikoanalyse ist nicht notwendig!!** (weil der Flughafen so sicher ist - Anm.d.Red.)

MR Zulinski zum Bescheid vom Oktober 2001. Die Behörde kann von sich aus nicht tätig werden, der Flughafen muß von sich aus tätig werden. (Wir haben schon früher darüber berichtet, daß der Flughafen einen Antrag auf Innverlegung im Ministerium gestellt hat, Anm. d. Red.). Falch beruft sich jedoch immer auf die „Auflagen vom Ministerium, die er zu erfüllen hat!“. obwohl diese gar nicht in dieser Form vorliegen. MR Zulinski zur Frage der mündlichen Verhandlung: Ist noch offen!

Frau Rynesch: Die Innverlegung zur Schaffung eines hindernisfreien Pistenvorfeldes ist eine **freiwillige qualitative Verbesserung, die gesetzlich nicht zwingend erforderlich ist.** Die erheblichen Kosten werden möglicherweise durch erhöhtes Verkehrsaufkommen aufgebracht, die Benützung des Flugplatzes durch größere und schwerere Flugzeuge ist naheliegend. Ein unmißverständlicher Hinweis findet sich in der Masterplanprognose: Steigerung der Flugbewegungen um 60 % und Steigerung der Passagierzahlen um 120 % bis 2014, Verlegung der westlichen Schwelle um 100 m nach außen, zusätzliche Taxiways. Sicherheit muß für alle gegeben sein. Sie spricht auch die Beziehung des Flughafens zu den Anrainern an, verweist auf das Mediationsverfahren in Wien mit gemeinsamer Bewältigung des Problems. Die Vorgangsweise in Innsbruck ist nicht richtig. Auch die Sicherheit der betroffenen Wohnbevölkerung muß gewährleistet sein. Zu einer freiwilligen Sicherheitsmaßnahme für den Flugbereich im Ausmaß einer Flußverlegung sind Festlegungen zur Vermeidung von z.B. Gefährdungen, Beeinträchtigungen der Gesundheit der Wohnbevölkerung sowie die Sicherstellung der Wohnnutzung dringend erforderlich. Frau Rynesch verweist auf die Bestimmungen, unter denen Zivilflughäfen betrieben werden dürfen und betont auch, daß der Annex 14 und die Bestimmungen der ICAO und damit auch die Innverlegung keineswegs verpflichtend sind. Ein Restrisiko besteht immer. Die Entwicklung des Flughafens und die seiner Umgebung sind nicht voneinander zu trennen. Ein sinnvolles Konzept kann daher nur gemeinsam von allen Betroffenen erarbeitet werden.

Dr. Schmid: Der Bescheid liegt vor, der entsprechende Antrag wurde vom Flughafen gestellt, der Bescheid ist rechtskräftig, die Verhandlung folgt. Für die Sicherheit des Flughafens werden Auflagen getroffen. Es ist nicht möglich, Handlungen zu setzen, die ein anderes Ergebnis herbeiführen sollen, als im Bescheid vorgesehen! (im Bescheid ist aber keine Innverlegung vorgeschrieben. Anm. d. Red.).

Frau Auer: Spricht die immer wiederkehrenden Beteuerungen an - auch seitens des Ministeriums - daß der Flughafen sicher ist. Es besteht keine Verpflichtung zur Schaffung eines längeren Pistenvorfeldes! Die Innverlegung war schon 1989 im Masterplan vorgesehen. Damals bestand für den Gemeinderat keine Notwendigkeit, einer Innverlegung zuzustimmen, da der Innsbrucker Flughafen ja sicher ist. Es sind keinerlei Schutzmaßnahmen für die Wohnbevölkerung vorgesehen. Auer fordert: Rechtlich einwandfreie Absicherung, daß Pistenverlängerung ausgeschlossen ist, daß Erweiterung des benützbaren Teiles der Piste unterbleibt; Obergrenze für Flugbewegungen; klare Betriebszeitenregelung, für Lärmschutzmaßnahmen der Anrainer zweckgebundene Gebühren bei Überschreitungen; Parteistellung aller Liegenschaftseigentümer in der Sicherheitszone; der Flughafen muß alle Maßnahmen, die er durchführen will, auch selbst erwirtschaften und finanzieren.

BM van Staa: Eine Obergrenze für Flugbewegungen wird es sicher nicht geben, denn dann könnte es ja sein, daß das letzte Linienflugzeug aus Frankfurt nicht mehr landen kann. (Mit solchen Äußerungen beweisen Politiker, daß sie von vielen Dingen keine Ahnung haben. Eine Obergrenze für Flugbewegungen würde keinesfalls bedeuten, daß Linienflugzeuge nicht mehr landen können, sondern, dass nur eine gewisse Anzahl von Slots zur Verfügung steht, bei deren Vergabe Prioritäten (Linienflüge!) zu setzen sind. Anm. d. Red.)

Dir. Falch: Flughafen hat keinen Ermessensspielraum, es gibt eine Auflage des Verkehrsministeriums und die will er erfüllen. Seit 1993 gibt es konstante Flugbewegungszahlen. Der derzeitige Masterplan ist hinsichtlich der künftigen Prognosen richtigzustellen. Zusätzliche Taxiways sind zwar im Masterplan enthalten, sind aber nur dafür vorgesehen, die Wege zu minimieren! Lärm: Im Winter an Samstagen stark. Der Innsbrucker Flughafen wird aber immer leiser!

Frau Auer: Verweist auf die Unterschiede in der Bekanntgabe der Flugbewegungszahlen. Falch redet immer von 15 - 16.000. Laut Fliegerzeitschrift Aero International waren es im Jahr 2001 bereits **über 40.000**. Auf Befragen eines Gemeinderates mußte Direktor Falch diese Zahl auch bestätigen. Auer kritisiert die Zunahme des Sportflugverkehrs. Es gibt in Innsbruck zwei Motorflugschulen. Der Flughafen ist keineswegs leiser geworden, denn die Störfrequenz steigt. Sie spricht von den Hubschrauber-Abenteuerrundflügen der Firma Wucher, den Probeläufen, Überschreitungen der Betriebszeiten usw.

Dr. Aman: bestätigt die Zunahme des Sportflugverkehrs.

Am Schluß (gegen 19 Uhr!) durften noch einige Bürger Fragen stellen. Die meisten hatten sich allerdings schon früher verabschiedet. Andererseits: Wer hat schon Zeit, sich an einem Arbeitstag eine 5-stündige Gemeinderatssitzung anzuhören? Wir erhielten mehrere Anrufe von Mitgliedern unseres Vereins, die uns mitteilten, daß sie zu dieser Sitzung nicht hingehen würden, weil sie keine Lust verspüren, sich wieder die einseitigen Stellungnahmen, insbesondere von Flughafendirektor Falch, anzuhören und alles sowieso nur ein abgekartetes politisches Spiel ist. Das ist die Meinung vieler.

Frau Rynesch ließ eine Zusammenfassung ihres Referates an die Gemeinderäte verteilen. Während die meisten dieses Papier mit Dank entgegennahmen, zeigte sich Vizebürgermeisterin Zach darüber sehr erbost und wies das Papier schroff ab! „Das brauch ich nicht“! Ja, wenn jemand schon eine solcher Art vorgefaßte Meinung hat, dann ist freilich jedes Blatt Papier eine Vergeudung!

Ergebnis der Flughafen-Enquete aus heutiger Sicht

Es war überhaupt zum ersten Mal., daß in einer Gemeinderatssitzung jemand auch die Stellungnahme der „anderen Seite“, also der Betroffenen, darlegen konnte. Die einseitige Information von politischen Mandataren muß unweigerlich zu Fehlentscheidungen führen: Die Grünen haben mit Ihrem Antrag und VBM Sprenger durch sein rasches Handeln bei der Sondergemeinderatssitzung ermöglicht, dass das Problem durch Vertreter der „Österreich-Plattform Fluglärm“ und der Schutzgemeinschaft seriös und objektiv dargestellt werden konnte. **Die Sicherheit der Wohnbevölkerung war aber wie schon bisher kein Thema.** Es blieb der Eindruck bestehen, daß die meisten politischen Mandatare eine Innverlegung begrüßen. Offensichtliche Zweifel hegte außer den Grünen nur StRin Dr. Pokorny-Reitter.

Der Flughafen wurde aufgefordert, eine neue Gesprächsbasis zu ermöglichen, d.h. endlich Gesprächen mit klar vereinbarten Zielvorgaben zuzustimmen

Flughafendirektor Falch gegen eine Mediation

Es stellt sich immer öfter die Frage, warum Dir. Falch ein solches Problem mit einer Mediation hat. Wovor hat er Angst? Man hat den Eindruck, dass er verhindern will, daß Fakten auf den Tisch kommen. Er beharrt auf der Innverlegung und lehnt jede Diskussion darüber ab. **Die Innverlegung ist für ihn ein Tabu-Thema.** Er weiß warum!

Hubschrauber-Stützpunkt nach Zirl verlegt

Obwohl es ja einen „besonderen Grund“ geben muß, daß Rettungshubschrauber am Innsbrucker Flughafen keinen Platz mehr finden, begrüßen wir die Verlegung des Stützpunktes nach Zirl. Wir hoffen, daß damit die extrem niedrigen Überflüge über das Wohngebiet und damit die Lärmbelastung reduziert werden. Ursprünglich war ein Hubschrauber-Stützpunkt nahe der Kranebitter Kaserne vorgesehen, was insbesondere für Kranebitten eine zusätzliche Belastung hätte bedeuten können. Die Initiative Lebensraum Kranebitten, in der unsere Obmann-Stellvertreterin, Frau Auer, führend mitarbeitet, hat sich sehr um eine Verlegung nach Zirl bemüht. Die Kranebitter atmen auf.

Leider nimmt generell die Zahl der Hubschrauberflüge immer mehr zu. Das Geschäft muß sehr attraktiv sein!

EU fordert lärmabhängige Gebühren an allen Flughäfen

Die EU hat lärmabhängige Gebühren **aufgrund vor Ort gemessener Lärmdaten** an allen Flughäfen beschlossen. Die Einführung soll im Jahre 2003, spätestens 2004 erfolgen. Aufgrund dieser Richtlinie haben die Innsbrucker Grünen im Stadtsenat einen diesbezüglichen Antrag gestellt, der vom Stadtsenat befürwortet wurde. Diese Gebühren müssen den lärmgeschädigten Anrainern zugute kommen!

Reichhold für uns unerreichbar

In mehreren Schreiben haben wir Verkehrsminister Reichhold um einen Gesprächstermin ersucht. Leider wurde uns diese „Gnade“ nicht zuteil. Ein Termin Mitte Juli mit zwei von seinen Mitarbeitern konnte aufgrund von Urlauben eines Großteils unserer Vorstandsmitglieder nicht wahrgenommen werden. Wir baten um einen anderen Termin, haben aber nichts mehr gehört. Auch auf das im Juni von einem FPÖ-Funktionär anlässlich eines Innsbruck-Besuches von Minister Reichhold persönlich übergebene Schreiben der Schutzgemeinschaft hat es bis heute keine Reaktion gegeben. Die Bürger haben für Wirtschaftsparteien keinen Stellenwert. Ausgenommen am Wahltag!

Billigfluglinie Ryanair will nach Innsbruck – aber wie !!!!

In der Stadtblatt-Ausgabe vom 18.9.02 steht geschrieben, dass es dem Flughafen mangels Auslastungschancen in tourismusschwachen Zeiten nicht geglückt ist, eine Linienverbindung zwischen Innsbruck und London auf die Beine zu stellen.

Wir zitieren: „Doch jetzt scheint es, als komme man doch auf einen grünen Zweig: Die Billigfluglinie Ryanair bemüht sich ebenso in Innsbruck zu landen, wie die AUA. Beide Unternehmen haben bereits Angebote in Innsbruck eingereicht. Ryanair will einen Londonflug (einfach) um sagenhafte **29,90 Euro** anbieten. **Falch: „Doch eine Ryanair-Anbindung an London wäre nur dann realisierbar, wenn die geforderten finanziellen Supports durch Land, Stadt und Tourismusregionen zustande kommen“.**

Der Wirtschaftsseite der T.T. vom selben Tag ist zu entnehmen, daß Ryanair innerhalb von drei Monaten in Europa **eine Million Gratisflüge** verschenken wird. Einerseits werden 1 Million Flüge verschenkt und andererseits darf der Steuerzahler diese unmoralischen Dumping-Angebote mitfinanzieren. Der Steuerzahler - die ewige Melkkuh! Wenn Stadt- und Landespolitiker einer Mitfinanzierung zu Lasten der Allgemeinheit, inklusive Belastung der Wohnbevölkerung in und um Innsbruck durch Lärm und Schadstoffe zustimmen, dann gehören sie allesamt fortgejagt!

Klimagipfel nutzlos, aber umweltbelastend

Die größten Luftverschmutzer auf dieser Erde, nehmen an solchen Gipfeln nicht einmal mehr teil. Die anderen machen sich mit samt ihrem Tross einige Urlaubstage auf Kosten der Allgemeinheit und verdrecken die Umwelt in einem Übermaß! Wir zitieren aus „Klimabündnis“ Nr. 2/2002:

Der UN-Nachhaltigkeitsgipfel ist wohl nicht der große Wurf. Er belastet die Atmosphäre mit ca. 300.000 Tonnen CO₂ - dem Jahresausstoß einer europäischen Stadt mit 30.000 Einwohnern - so die Johannesburg Climate Legacy. **94 % der Emissionen machen die Flugreisen aus!** Deutschland leistet für seinen 180 Köpfe-Tross (!!) Wiedergutmachung durch Förderung lokaler Projekte vor Ort im Gegenwert von 10.000 \$. Das muß bei Klima-Events, oft als Redebühnen der Reichen kritisiert, verpflichtend für große Gäste sein. So könnten zumindest kleine Fortschritte gesichert werden.

Impressum: Herausgeber und Medieninhaber: Schutzgemeinschaft zur Verminderung schädlicher Auswirkungen des Innsbrucker Flughafens.

Kontaktadresse: W. Winkler, A-6020 Innsbruck, Hörtnaglstraße 1, 6020 Innsbruck, E-Mail: w.winkler@tirol.com

Kontakttelefon: H. Auer, Tel. 0512/935338, E-Mail: h.auer@chello.at

Bankverbindung: Konto-Nummer 66810-063-492 bei der Bank für Arbeit und Wirtschaft, BLZ. 14000.
